Allgemeiner Anzeiger

für das Amt Kierspe

Verbreitungsbezirk: Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Rönsahl, Oberbrügge, Bollwerk, Vollme und Grünenbaum

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Hauptgeschäftsstelle: Halver. Fernsprecher: Nr. 42.

Nr. 295 | Erscheint wöchentlich 6 mal mit 3 Gratisbeilagen. Abonnements- und Inseratrenannahme: Kierspe: Fritz Schaefer; — Kierspe-Bahnhof: Erich Trimpop; — Höckinghausen: Lehrer Dittmar. | Donnerstag, den 17. Dezember | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Goldpfennige, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige, Reklame 40 Goldpfeninge, — Offertengebühren 10 Goldpfennige und Porto. — | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsch-italienische Handelsvertrag tritt mit dem 16. Dezember in Kraft.

* Reichsminister a. D. Koch setzte die Verhandlungen mit den Parteien (Volkspartei bis Sozialdemokraten) über die Regierungsbildung fort. Zu einer Entscheidung kam es noch nicht.

* Im Preußischen Landtag kam es zu erregten Szenen, als der völkische Abg. Wulle zum Prozeß Grütte-Lehder sprechen wollte. Die Sitzung mußte zeitweilig unterbrochen werden.

* In Frankreich droht eine neue Regierungskrise, da die Finanzvorlagen des Ministers Loucheur von der zuständigen Kommission abgelehnt wurden.

Der Erlaß des Generals v. Seeckt.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Man hat so oft über die Vielregiererei geschimpft oder gespottet; man hat gescholten über die Vielregiererei von ehemals, die den Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre umhegte, gängelte, einengte und was sonst noch alles. Aber trotz allen Spottes scheint es bis jetzt nicht um ein Haar besser geworden zu sein. Damit geht es uns nicht anders wie den Amerikanern. Ein Witzwort sagt, daß man sich bei der Einfahrt in den Hafen von Newyork die dort stehende Riesenstatue der Freiheitsgöttin recht genau ansehen soll, weil man damit zum letztenmal etwas von Freiheit in Amerika erblicke.

Täglich speit auch bei uns die Gesetzgebungsmaschine neue Paragraphen auf den Staatsbürger aus, lieblich begleitet durch ein Trommelfeuer von behördlichen Verordnungen und Verfügungen. Jede Behörde ist besorgt, von sich reden zu machen — nur ist dieses Reden fast immer ein gröbliches Zürnen des Staatsbürgers. Und noch ängstlicher ist jede Behörde besorgt, daß man ihr nur gar nichts von ihrer „Zuständigkeit" nimmt. Es wird eben nicht nur sehr viel, viel zu viel regiert —, es wird vor allen Dingen viel zu viel von oben herab regiert, den unteren Instanzen viel zu wenig Selbständigkeit gelassen, viel zu viel den Oberbehörden „zur Genehmigung" vorgelegt —, und wenn es sich um die Anschaffung eines Scheuerlappens zum Bureauaufwischen handelt.

Früher war besonders beim Militär der „Papierkram" und das Reglementieren besonders üppig entwickelt; das hat auch im Kriege bis in den Schützengraben hinein viele Blüten getrieben. Mancher Kompagnieführer ist von der Intendantur wegen irgendeiner nicht abgelieferten Kuhhaut gepeinigt worden mit Anforderungen von Berichten. Da fällt einem die Wut ein, mit der der bekannte Generalfeldmarschall von Wrangel das „Federvieh" haßte; in derartigen Fällen schrie er dann:: „Ich schreibe nicht mit die Feder, ich schreibe mit das Schwert!" Und gerade aus Militärkreisen stammt nun eine Aktion, die heiteres Schmunzeln und fröhliche Erinnerungen erweckt. General von Seeckt hat nämlich einen Erlaß gegen die Bureaukratie und die Ressorteitelkeit der verschiedenen militärischen Behörden losgelassen, der sich auch gegen den allzu schleppenden und zeitraubenden Geschäftsgang richtet. Gesuche werden wiederholt, Anordnungen erst nach Wochen ausgeführt, was nicht in einem Mangel an Fleiß, sondern in dem Überhandnehmen der bureaukratischen Sitten seine Ursache habe. „Ich fürchte, daß sich statt des Schriftverkehrs von Haus zu Haus jetzt einer von Zimmer zu Zimmer entwickelt; vor allem fürchte ich eine Ressorteitelkeit, die verlangt, zu allem und jedem gehört zu werden, und nicht zuläßt, daß mir die neue Form eines Hufnagels vorgeschlagen wird, ehe nicht T. 1, 2, 3, 4, V. A., Wa. A. J. W. G., In. 1—7, Rechtsabt. und Friko ihr schriftliches Votum abgegeben haben."

Überhaupt der Hufnagel! Der hat es dem General von Seeckt anscheinend ganz besonders angetan. Er sagt humorvoll spottend in dem Erlaß: „Ich fürchte aber noch mehr, daß über diesen Hufnagel wohl von seiten der Abteilungen wie der Inspektionen einzeln alle Truppenteile befragt worden sind." Und dann das Donnerwort: „Wenn mir dann der Hufnagel zur Entscheidung mit allseitiger Zustimmung von der allein maßgebenden Vet.-Insp. vorgelegt wird, dann sind entweder inzwischen 100 Pferde unnötig lahm geworden, oder es bleibt bei dem alten bewährten Hufnagel, und Ministerium und Truppe haben umsonst gearbeitet." Natürlich ist dieser Hufnagel, wie Seeckt sagt, „als Symbol" aufzufassen. Aber er hat sich offenbar so tief dem Chef der Heeresleitung ins Herz gebohrt, daß er nun zu diesem hoffentlich beachteten Erlaß geführt hat.

Man mag nur wünschen, daß in den anderen Behördenzweigen ähnliche Erlasse nicht bloß herausgehen, sondern auch Beachtung finden. Dazu gehört aber die Beachtung nicht nur der unteren Stellen, sondern ganz besonders der oberen. Die Staatsverwaltung ist nämlich nicht Zweck an sich, sondern ist für den Bürger da, nicht aber, wie leider manchmal zu spüren ist, umgekehrt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Novelle zum Genossenschaftsgesetz.

Der Reichsrat hielt am Montag eine öffentliche Vollsitzung ab. Angenommen wurde u. a. eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz. Nach dem bisherigen Gesetz konnte bei Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern eine Generalversammlung in der Weise abgehalten werden, daß nicht die Mitglieder, sondern Vertreter die Generalversammlung bilden. Ferner konnte gegebenenfalls derselbe Beschluß bei Genossenschaften von mehr als 3000 Mitgliedern gefaßt werden. Beide Zahlen haben sich nach den Erfahrungen als zu hoch gegriffen erwiesen und werden daher durch die Novelle auf 3000 und 1500 herabgesetzt.

Dr. Stresemann über Locarno.

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Berlin sprach der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage im besonderen Hinblick auf Locarno. Nach dem fast zweistündigen Vortrage fand eine Aussprache statt, an der sich u. a. für die deutschen Westverbände Professor Dr. Ruehlmann, für den Bund der deutschen Ostverbände General von Wrisberg, für den österreichisch-deutschen Volksbund Schriftführer Hermann Kienzl beteiligten. Die Versammlung leitete der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Präsident a. D. Dr. Kaufmann, der zum Schluß die Hoffnung auf günstige Auswirkung des Vertrages aussprach.

Denkschrift über die Sozialversicherung.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Sozialversicherung 1924/25 zugegangen. In der Denkschrift wird festgestellt, daß der Gesamtaufwand in der Sozialversicherung im Jahre 1913 sich auf 1,431 Milliarden, im Jahre 1924 auf 2,016 Milliarden und im Jahre 1925 auf 2,343 Milliarden belief. Es werden dann die Verhältnisse bei den einzelnen Versicherungsarten eingehend erörtert und die Ergebnisse bei den einzelnen Versicherungen zusammengestellt.

Deutsche Schulfragen in Südslawien.

Der jugoslawische Unterrichtsminister Stephan Raditsch empfing eine Deputation der Marburger Deutschen, die ihn baten, die deutschen Parallelklassen an den Schulen nicht aufzulösen. Der Minister wies darauf hin, daß jede Kulturfrage in der Minderheit gleichzeitig eine politische Frage sei. Raditsch sagte dann weiter: „Bleiben Sie, meine Herren, weiter so ehrlich, wie es den Deutschen geziemt. Bleiben Sie unsere loyalen Staatsangehörigen, und ich bürge dafür, daß sich ein Modus finden lassen wird, der es Ihnen ermöglicht, Ihren Kindern Unterricht in der Muttersprache zu erteilen."

Schweiz.

× **Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz.** Der Völkerbundrat beschloß in einer geheimen Sitzung, einen vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz einzusetzen, der jedoch nicht, wie die Franzosen es vorgeschlagen hatten, aus Vertretern von Regierungen und bestimmten Organisationen, sondern entsprechend der englischen Auffassung aus Persönlichkeiten als Sachverständigen bestehen wird, die infolge ihrer persönlichen Erfahrungen für die Arbeiten zur Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz am besten geeignet sind.

Italien.

× **Kein Ausgleich des Papstes mit Italien.** Im geheimen Konsistorium hielt der Papst eine viel bemerkte Ansprache, in der er seine Genugtuung über den Verlauf des Heiligen Jahres aussprach, das verbrecherische Attentat gegen Mussolini verurteilte und die Unversöhnlichkeit des Vatikans hinsichtlich der römischen Frage betonte. Er sagte: „Die Gläubigen aus allen Teilen der Welt haben sich durch den Augenschein davon überzeugen können, daß die Lage, in der sich das Oberhaupt der katholischen Kirche befindet, nicht seinem Rang als höchste Autorität einer universalen und in ihrer Art vollkommenen Gemeinschaft entspricht, wie sie die Kirche ihrem Wesen nach als göttliche Einrichtung darstellt." Die kürzlichen Nachrichten über einen angeblich bevorstehenden Ausgleich des Vatikans mit der italienischen Regierung waren also falsch.

Nordamerika.

× **Deutsche Schatzscheine in Amerika.** Die amerikanische Regierung drang bei dem Obersten Gerichtshof nicht mit ihren Bemühungen durch, die amerikanischen Inhaber deutscher Schatzanweisungen daran zu hindern, ihre Ansprüche aus den Guthaben der deutschen Regierung zu befriedigen. Es handelt sich um die Guthaben, die seinerzeit vom Treuhänder für das feindliche Eigentum beschlagnahmt waren.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-italienischen Handelsvertrag fand in Rom statt; der Vertrag tritt infolgedessen am 16. Dezember in Kraft.

Berlin. Im Reichstage ist ein Antrag der Bayerischen Volkspartei eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit Bayern im Hinblick auf die außerordentliche Notlage der im Elsaß beschäftigten, aber in der Pfalz wohnenden Arbeiter im Grenzverkehr mit Elsaß-Lothringen weitgehende Erleichterungen zu gewähren.

Karlsruhe. Die Technische Hochschule Karlsruhe verlieh dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Ofer, auf Grund seiner Verdienste um die technische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Eisenbahnen die Würde eines Doktor-Ing. ehrenhalber.

Genf. Nach Abschluß der Tagung des Völkerbundrates wird sich Chamberlain auf einen Monat zur Erholung nach Venedig begeben. Es verlautet, daß auch Tschitscherin wenige Tage später zur „Erholung" in Venedig eintreffen werde.

London. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, begleitet von dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, ist nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Rom. Die faschistische Partei verbietet im Anschluß an die kürzlichen Veröffentlichungen des „Osservatore Romano" allen Lokalsekretären, Angehörige eines geistlichen Ordens beiderlei Geschlechts aufzufordern, in die faschistische Partei einzutreten.

Newyork. In Washington ist die Einladung des Völkerbundes zur Abrüstungsvorbereitung eingetroffen. Bisher sind noch keine Kommentare darüber veröffentlicht.

Dr. Kochs Richtlinien

Fortschritt der Verhandlungen.

Die Besprechungen, die der vom Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung aufgeforderte Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, mit den verschiedenen Parteien hatte, haben noch nicht zu einem Abschluß geführt. Die Sozialdemokraten erklärten Koch, daß sie nach wie vor zu der aktiven Mitarbeit in der Großen Koalition bereit sind.

Die Deutsche Volkspartei kam noch nicht zu einem offiziellen Entschluß, will aber gemeinsam mit den anderen Parteien weiterberaten. Die Bayerische Volkspartei war mit der Persönlichkeit Kochs einverstanden. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm zu der Frage der Regierungsbildung Stellung. In ihrem Beschluß brachte sie zum Ausdruck, daß sie eine neue Regierung unterstützen werde, wenn nach dem Programm und der Zusammensetzung dieser Regierung die Gewähr dafür geboten sei, daß die Interessen des werktätigen Mittelstandes gebührende Berücksichtigung fänden. Der Zentrumsvorsitzende Fehrenbach sprach sich entschieden für die Große Koalition aus. Für Dienstag mittag rief Reichsminister a. D. Koch eine gemeinsame Sitzung der Parteien ein, in der er Richtlinien für das von ihm zu schaffende Kabinett vorlegte. Die sozialpolitischen Richtlinien Dr. Kochs sind in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns festgelegt worden. Für den Fortgang der Verhandlungen sollen ersprießliche Aussichten bestehen. In der Hauptsache handelt es sich noch immer um die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Die Person Dr. Kochs soll auch bei den Volksparteilern keinerlei Schwierigkeiten begegnen.

*

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Reichskanzler Dr. Luther empfing die Vertreter der Reichstagsfraktionen zur Besprechung über die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter. Die Besprechungen, an denen Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei teilnahmen, wurden nach kurzer Zeit unterbrochen, aber später wieder aufgenommen.

Deutscher Reichstag.

(136. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Dezember.

Das Haus setzte die Beratung der Anträge auf Aufbesserung der

Beamtengehälter

fort. Dabei bedauerte zuerst der Abg. Groß (Ztr.) die Haltung der Regierung in der Besoldungsfrage. Wenn man den Beamten, so meinte er, nichts hätte geben wollen, dann hätte man nicht solche Hoffnungen bei ihnen erwecken dürfen, die nun so bitter enttäuscht seien. Der Redner verteidigte schließlich den Ausschußantrag gegen den Vorwurf, daß er unsozial sei.

Abg. Steinkopf (Soz.) bestritt, daß der frühere Reichskanzler Bauer den Empfang einer Beamtendeputation abgelehnt habe und trat für den Ausschußantrag ein. Er verlangte weiter, daß auch die Reichsbahngesellschaft die gleiche Regelung für ihre Beamten vornimmt.

Abg. Lucke (Wirtsch. Vgg.) wandte sich dagegen, die schwere Notlage der Beamten zum Werkzeuge parteipolitischer Agitationen zu machen, und meinte, es wäre ein Unrecht, wenn man die Besoldungsgruppen VII bis XII ganz unberücksichtigt lassen würde.

Abg. Dauer (Bayer. Vp.) empfahl den Antrag seiner Fraktion, dem der Reichskanzler zugestimmt habe. Es habe darum keinen Zweck, weitergehende Anträge zu stellen, deren Durchführung am Widerstande der Regierung scheitern würde.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) meinte, die Beamtenschaft, die mit solchen Bettelpfennigen abgespeist werde, könne es nicht verstehen, wenn auf der anderen Seite die Reichsmittel mit vollen Händen ausgegeben würden. Wenn die Minister sich freiwillig in die Besoldungsgruppe 4 versetzen ließen, dann würden sie mehr Verständnis für die Not der Beamten haben.

Abg. Tiedt (Komm.) kritisierte die völlig unzureichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Reichskanzler Dr. Luther

erklärte darauf, daß die Regierung es bedauern würde, wenn sich aus der Fülle der Abstimmungen ein Bild ergeben würde, das sich nicht erfüllen ließe. Für die jetzige geschäftsführende Regierung sei es unmöglich, eine Regelung zur Ausführung zu bringen, die schon eine Dauerregelung enthalte und der neuen Regierung vorgreife. Die jetzige Regierung lege das größte Gewicht darauf, daß etwas Positives zustande komme, aber man müßte immer die sehr beschränkten finanziellen Möglichkeiten im Auge behalten. Deshalb sei es das beste, wenn der Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen würde. Die Regierung sei damit einverstanden, den Frauenzuschlag von 5 auf 10 Mark zu erhöhen.

Es wäre gewiß zu begrüßen, so meinte der Reichskanzler weiter, wenn man die Beihilfe auch den über Gruppe 6 hinausgehenden Besoldungsgruppen gewähren könnte. Angesichts der deutschen Finanznot müsse man sich aber bei solchen Notstandsmaßnahmen auf den engsten Rahmen, in diesem Falle auf die Gruppen beschränken, bei denen die Not am größten ist. Die Länder und Gemeinden wären zu einer Ausdehnung auf weitere Gruppen nicht in der Lage. Von der preußischen Staatsregierung sei die Auskunft eingegangen, sie sei nicht in der Lage, aus eigenen Kräften den Beamten von Gruppe 7 aufwärts eine Aufbesserung zu gewähren. Eine Erschütterung der Finanzen würde die Beamten am meisten schädigen. Damit war die Aussprache beendet.

Lokales und Provinzielles.

Kierspe, den 17. Dezember 1925

□ **Geringe Nachfrage nach Wohlfahrtspflegerinnen.** In einem Runderlaß des preußischen Unterrichtsministers wird auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sich Schulamtsbewerberinnen, die eine Verwendung in der Jugendwohlfahrtspflege anstreben, durch zweijährigen Besuch einer staatlich anerkannten Wohlfahrtsschule auf die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen vorbereiten. Während ihrer Ausbildung können sie, wie die übrigen Schülerinnen, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit Unterstützungen erhalten, wenn sie ihre besondere Eignung für den Beruf dargetan haben. Der Minister weist jedoch darauf hin, daß auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Jugendwohlfahrtspflegerinnen nicht sehr rege ist. Sie werden in geringem Umfange nur von den Jugendämtern der größeren Städte verlangt. Der Minister warnt also zur Vermeidung von Enttäuschungen, Schulamtsbewerberinnen in größerer Anzahl der Jugendwohlfahrtspflege zuzuführen. — Auskünfte erteilt im übrigen die Stellenvermittlung des Landesarbeitsamts Berlin, Fachabteilung für die Wohlfahrtspflege und für weibliche Angehörige geistiger Berufe, in Berlin W 9, Eichhornstraße 1.

□ **Die neuen Wohlfahrtsbriefmarken.** Ab 15. Dezember gelangen die neuen Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost zugunsten der Deutschen Nothilfe zur Ausgabe. Die Marken sind bei allen Postämtern und bei den Organisationen der Deutschen Nothilfe erhältlich. Auf zahlreiche Anfragen wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Wohlfahrtsbriefmarken ebenso wie gewöhnliche Postwertzeichen zur Frankierung sämtlicher Postsendungen nach dem In- und Auslande zugelassen sind. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben den Firmen nachdrücklichst empfohlen, ihre Geschäftspost nach Möglichkeit einige Tage lang nur mit Wohlfahrtsbriefmarken freizumachen und auf diese Weise zur Linderung der Not beizutragen.

□ **Landwirtschaftliche Lehrfilme.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden durch Bekanntmachung des preußischen Landwirtschaftsministers folgende Filme als „landwirtschaftliche Lehrfilme" anerkannt: 1. Tuberkulose des Hausgeflügels; mit Unterstützung des Bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen; 2. Die Schweinezucht; Haltung und Fütterung in der Versuchswirtschaft Ruhlsdorf, Kr. Teltow. Die Filme sind durch Vermittlung des Zentralausschusses für Landlichtspiele, Berlin SW 11, Bernburger Straße 13, zu beziehen.

—* **Wintersonderzüge.** Die Reichsbahndirektion Elberfeld weist erneut auf die am 22. Dezember, 30. Dezember, 22. Januar und 10. Februar fahrenden billigen Wintersonderzüge nach Süddeutschland und auf die im Winter bei günstiger Schnee- und Wetterlage regelmäßig Samstags und Sonntags fahrenden Sonderzüge hin. Fahrplanheftchen für die Wintersonderzüge sind zum Preise von 20 Pfg. bei den Fahrkartenausgaben zu haben. Die am 22. und 30. Dezember fahrenden Sonderzüge eignen sich auch besonders für Reisen während des Weihnachtsurlaubs.

—k **Kierspe,** 16. Dez. Der Vortrag des Herrn Wiebusch über Brasilien am 5. d. M. war leider nicht so gut besucht, wie er es verdient hat. Auf Wunsch soll er deshalb wiederholt werden und zwar im Saale von Cramer Kierspe-Bhf. am Sonntag, den 3. Januar 1926, nachmittags 5 Uhr. Der Erlös des Abends soll für den Bau einer Turnhalle in Kierspe-Bhf. dienen.

—k **Kierspe,** 16. Dez. Nach der letzten Viehzählung am 1. Dez. 1925 waren im Amt Kierspe an Vieh vorhanden: in der Gemeinde Kierspe, 264 Pferde ohne Militärpferde, 1497 Stück Rindvieh einschl. Kälber, Jungvieh, Bullen, Ochsen und Milchkühe, 256 Schafe einschl. Schafböcke, Mutterschafe u. Hammel, 442 Schweine einschl. Ferkel, Zuchteber, Zuchtsauen, 512 Ziegen einschl. Ziegenböcke, 364 Kaninchen, 6212 Stück Federvieh einschl. Gänse, Enten, Hühner, Truthühner, 186 Bienenstöcke einschl. Stöcke mit beweglichen und unbeweglichen Waben. In der Gemeinde Rönsahl, 54 Stück Pferde einschl. Fohlen, ausschl. Militärpferde, 395 Stück Rindvieh einschl. Kälber, Jungvieh, Bullen, Ochsen und Milchkühe, 13 Schafe mit Schafsböcke, 104 Schweine, 73 Ziegen mit 2 Böcke, 947 Stück Federvieh einschl. Gänse, Enten und Hühner, und 4 Bienenstöcke mit beweglichen Waben.

—k **Kierspe,** 16. Dez. Die Gewinne der Jugendherbergslotterie sind eingegangen. Auf sämtliche gerade Nummer ist ein Trostpreis entfallen. Die Gewinne können gegen Abgabe des Loses nachm. von 2 Uhr ab auf Zimmer 4 des Amtshauses in Empfang genommen werden. Gewinnlisten können ebenfalls vom Amt bezogen werden. Die Abholung der Gewinne muß spätestens bis zum 23. d. M. erfolgen.

—k **Kierspe,** 16 Dez. Bericht über die Lage des Arbeitsmarkt im Amt Kierspe in der Woche vom 7. bis 2. Dez. 1925. Auf dem hiesigen Arbeitsmarkt sieht es nach wie vor noch traurig aus. Weitere Entlassungen aus allen Betrieben kamen vor. Die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen ist auf 121 gestiegen. (61 Erdarbeiter, 13 Handlanger, 4 Schmiedemeister, 19 Fabrikarbeiter, 2 Dreher, 4 Schlosser, 9 Maurer, 1 Bankangestellter, 7 Schmiede und 1 Former) An Zuschlagsempfängern sind 213 zu melden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind noch einige Betriebe am Platze, die noch voll zu tun haben. Es handelt sich hier vorwiegend um Schloß- und Gabelindustrie. Auswärtige Betriebe belasten den hiesigen Arbeitsmarkt ebenfalls erheblich Kurzarbeit hat an Umfang zugenommen. In der Landwirtschaft blieb die Lage äußerst ruhig. Vermittelungen fanden nicht statt.

][**Halver,** 15. Dez. Wie wir hören, sind die Spitzbuben, die s. Zt den Einbruch in die Fahrradhandlung von Corn. Schürmann hierselbst verübt haben, festgenommen worden. Es sind dies der Kaufmann Max Egen aus Haspe, der Former Rud. Baumann und dessen Sohn, der Schlosser Reinh. Baumann aus Gevelsberg. Das lichtscheue Trio soll eine Reihe von Diebstählen in der Umgebung auf den Kerbholz haben.

):(**Halver,** 15. Dez. Am Montag nachmittag hielt die Gewerbliche Mittelstandsvereinigung für den Amtsbezirk Halver eine Beratungsstunde über die Vermögenssteuererklärung ab. Herr Dr. Linnartz-Lüdenscheid Syndikus beim Handwerks- und Gewerbeamt füllte den vorsprechenden Mitgliedern die Formulare aus. Die Inanspruchnahme dauerte weit über die vorgesehene Zeit hinaus und aus diesem Grunde konnte der angekündigte Vortrag erst eine Stunde später stattfinden. Herr Dr. Linnartz erläuterte an Hand des Formulares in ausführlicher Weise die einzelnen Positionen der Vermögenssteuererklärung. Der Vortragende machte gleichzeitig bekannt, daß der Einreichungstermin der Erklärung vom 15. auf den 31. Dez. d. J. verlängert worden sei. Der Termin müßte unbedingt pünktlich eingehalten werden, da sonst das Finanzamt berechtigt sei einen Zuschlag von 10 Prozent zu erheben. Der Vortrag wurde von den Mitgliedern dankbar entgegen genommen Im Anschluß hieran teilte Herr Dr. Linnartz mit, daß er mit dem 1 Januar 1926 seinen Wirkungskreis verlasse. Er dankte für das ihm entgegebrachte Vertrauen und bat dasselbe auch auf seinen Nachfolger übertragen zu wollen, damit das begonnene Werk des engen Zusammenarbeitens, das im Volmegebiet schon reiche Frucht gebracht habe, weiter gefestigt würde. Der Schriftführer der Vereinigung Herr Ad. Welter widmete Herrn Dr. Linnartz warme Abschiedsworte.

× **Buschhausen,** 16. Dez Am kommenden Sonntag, den 20. Dezember findet eine Weihnachtsfeier der Schule Buschhausen im Lokale Werthmann statt. Auf diese Veranstaltung kann besonders empfehlend hingewiesen werden, da sie in hohem Maße geeignet erscheint, Herz und Sinne der Zuschauer zu erfassen. Eine neu geschaffene Stilbühne wird dem ganzen einen angepaßten würdigen Rahmen verleihen. Eine Wiederholung der Feier findet am 1. Januar 1926 statt.

][**Schalksmühle,** 16. Dez. Bei der Firma Gebr. Jaeger hierselbst entstand vergangene Nacht ein kleiner Brand. Ein Akkumulator im Gewicht von 5 kg, der in einem Verschlag stand um gegen Frostgefahr zu schützen, setzte den Verschlag in Brand, der jedoch schnellstens von Werkangehörigen gelöscht wurde, sodaß ein weiterer Schaden nicht entstanden ist. Die alarmierte Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Die beste Gesellschafterin

ist die Zeitung. Sie ist stumm und spricht doch zu Ihnen. Sie belehrt und unterhält Sie zugleich. Sie berichtet Ihnen alles, was Sie zu wissen wünschen. Fesseln Sie diese gebefreudige und anspruchslose Freundin an Ihr Haus, indem Sie das Abonnement auf den

Allgemeinen Anzeiger

oder

Schalksmühler Gen.-Anzeiger

nicht länger aufschieben.

Breckerfeld, 15. Dez. Aenderungen im Kraftpostverkehr. Vom 21. Dezember ab tritt auf der Kraftpostlinie von Breckerfeld über Voerde nach Haspe eine Fahrplanänderung ein: Die Frühfahrt nach Haspe beginnt in Breckerfeld bereits um 5,40 Uhr vorm., die Rückfahrt von Haspe findet um 8,10 Uhr vorm. statt. Sodann wird, sobald die Witterungslage den Kraftpostverkehr wieder gestattet, eine werktäglich verkehrende Abendfahrt von Breckerfeld nach Voerde eingelegt, die um 6 nachm. in Breckerfeld beginnt die Rückfahrt von Voerde findet um 6,45 Uhr abends statt. Alles Nähere besagen die in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangenden Fahrpläne.

Breckerfeld, 15. Dez. Wiederaufnahme der Kraftpost. Nachdem infolge des Tauwetters die Schneemassen auf unsern Straßen zum Teil zum Schmelzen gebracht wurden, verkehren die Postomnibusse wieder fahrplanmäßig zwischen unserm Ort und Priorei. Die Fahrten nach Voerde—Haspe konnten noch nicht wieder aufgenommen werden.

Mülheim Ruhr, 15. Dez. Endlich heimgekehrt. Ein Sohn der Familie Breitenbruch ist nach fünfjähriger Dienstzeit bei der Fremdenlegion zurückgekehrt. Er wollte im Dezember 1920 in Holland Arbeit suchen und traf unterwegs mit Werbern der Fremdenlegion zusammen, auf deren Versprechungen hin er sich anwerben ließ. Breitenbruch war von Januar 1921 bis März 1924 als Sanitäter in Marokko. Er hat seit Anfang dieses Jahres in Afrika zehn neue Legionäre aus seiner Vaterstadt kennen gelernt. Von 150 Mann, die zugleich mit ihm eingetreten waren, ist nur sieben die Rückkehr in die Heimat beschieden.

Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Halver.

□ **Halver,** 16. Dez. 1925.

Am Sonntag, den 13. d. Mts. hielt der Haus- und Grundbesitzerverein Halver eine gut besuchte Versammlung ab, die gegen 5 Uhr vom Vorsitzenden Herrn Stork eröffnet und geleitet wurde. Er wies auf den Zweck der Tagung hin, der durch die Zeitung bekannt gegeben, begrüßte die Mitglieder, insonderheit den anwesenden Geschäftsführer des Haus- und Grundbesitzervereins Lüdenscheid, Herrn Ehlhaus und erteilte alsdann dem Geschäftsführer des hiesigen Vereins das Wort. Dieser führte aus, nachdem er zu einer steten Sammlung aller Hausbesitzer im Verein dringend gemahnte und es als unverantwortlich bezeichnete, als müßiger Zuschauer abseits zu stehen, daß der Hinweis in der Zeitung nicht freiwillig Aufwertungsansprüche anzuerkennen, keine Sabotierung des Gesetzes habe bedeuten sollen, vielmehr die heutige Tagesordnung habe abgewartet werden sollen, nur die Rechte, die das Gesetz vorsehe, für den Hypothekarschuldner nicht verlustig zu gehen. Die Erfahrungen hätten schon gelehrt, daß man von verschiedenen Seiten der Gläubiger sich Vorteile aneignen wolle, die ein Nachteil für den Schuldner im Gefolge habe und nicht im Gesetz beabsichtigt seien. In erster Linie solle man sich den Rang der Eigentümerhypothek nicht nehmen lassen. § 7 des A.-Gesetzes. Durch diese Eigentümerhypothek sei es möglich, die Abtragung aufgewerteter Hypotheken im Jahre 1932 ohne jede Schwierigkeit zu begegnen. Ferner würde vielfach verlangt freiwillig die Zinszahlung ab 1. Januar 1926, ja sogar schon ab 1925 anzuerkennen, wohingegen gesetzlich die Zinszahlung festgelegt sei nach erfolgter Wiedereintragung am folgenden Quartalsersten. Zu anderem sei durch eine freiwillige Anerkennung die Möglichkeit genommen, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners es rechtfertigten, eine Herabsetzung von 25 auf 15 % zu erwirken. Eine freiwillige Vereinbarung sei aber überall da gegeben, wo unter Berücksichtigung aller zustehenden Rechte keinerlei Nachteile sich ergäben. Näher auf weitere Bestimmungen des Gesetzes im allgemeinen eingehend, die eine besondere Berücksichtigung verlangten, fand anschließend der vorhin erwähnte § 2 Eigentümerhypothek und Kreditaktion des Hausbesitzers, durch Herr Ehlhaus ausführliche und anschauende Darlegung. Zum Schutze der Hypothekenschuldner ist die „Deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz A.-G." gegründet, welche jedem Hausbesitzer, der einem Verein angehört, es ermöglicht, durch Verpfändung der Eigentümerhypothek die Abtragung der aufgewerteten Hypothek ohne Schwierigkeit vorzunehmen. Bei Zahlung von 3 Mark pro 1000 Mark des Wehrbeitrages seiner Besitzung auf 20 Jahre wird nach Ablauf dieser Frist das 2½fache der eingezahlten Beträge zurückerstattet nach Abzug der von der Bank getilgten Aufwertungshypothek. Wer also der Bank beitritt, braucht sich um die Abtragung der aufgewerteten Hypothek im Jahre 1932 nicht zu kümmern, das besorgt die Bank, dieser bezahlte Betrag wird nach 20 Jahren bei der Auszahlung des 2½fachen Betrages der angezahlten jährlichen Raten, gekürzt. Angenommen der Wehrbeitrag einer Besitzung beträgt 25 000 Mk. Die Hypothek die darauf ruht Mk. 12 000 Mk. Die aufgewertete Hypothek beträgt 25% = 3000 Mk. Dann beträgt die Eigentumshypothek ebenfalls 3000 Mk. Diese E.-H. muß der Hauptbank verpfändet werden, er zahlt jährlich 3% des Wehrbeitragswertes, also bei 25 000 25×3=75 Mk. auf 20 Jahre, gleich 1500 Mk. Der 2½fache Betrag wird erstattet = 3750, abzüglich der ausgezahlten Aufwertungshypothek werden also noch 750 Mk. in bar vergütet. — Schon an dieser Stelle machen wir darauf aufmerksam, daß voraussichtlich am 3. Januar der Landtagsabg. und Vorsitzender des Provinzialverbandes Herr Lünenschloß über diese Einrichtung ausführlich berichten wird. Anschließend, in Erledigung der Tagesordnung wurde grundsätzlich beschlossen sich einer zu bildenden Interessengemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine des Kreises Altena anzuschließen. Nach weiterer Aussprache konnte der Vorsitzende, in bereits schon vorgerückter Stunde, die Versammlung schließen, mit einem Apell an alle noch Fernstehenden dem Haus- und Grundbesitzerverein beizutreten und im Interesse der Bestrebungen die Unterstützung nicht zu versagen.

Tagung der Preußischen Generalsynode.

Große Bischofsdebatte.

Die Tagung der ersten verfassungsmäßigen Preußischen Generalsynode nähert sich ihrem Ende. Die Gruppe der Evangelisch-Lutherischen beantragt ein Kirchengesetz (das erste, das in der neuen Kirchensynode zur Debatte steht), das dem Generalsuperintendenten die Amtsbezeichnung Bischof beilegt. Demgegenüber votiert der Verfassungsausschuß für die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung der diesjährigen Generalsynode; die Frage soll in einer der nächsten Tagungen zur Verhandlung kommen. Ein Antrag D. Deißmann will für den Fall der Annahme des Gesetzes den Provinzialkirchenräten das Recht verleihen, sich innerhalb von zwei Monaten für die einstweilige Fortdauer der bisherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinz zu entscheiden. Von D. Deißmann, der seit einer Reihe von Jahren im Kampfe für den protestantischen Bischof an vorderster Stelle steht, liegt dem Hause eine Denkschrift zur Bischofsfrage vor. Wir entnehmen daraus, daß die Zahl der evangelischen Bischöfe in der ganzen Welt etwa 520 beträgt. Die Gesamtseelenzahl der evangelischen Kirchen außerhalb Deutschlands mit Bischöfen beträgt 70 Millionen, ohne Bischöfe 63 Millionen. Die Sitzung brachte zunächst den Bericht des Verfassungsausschusses, der von dem Abgeordneten D. Schmidt-Marienburg erstattet wurde. Der Redner stellte die Standpunkte des pro und contra, wie sie auch im Verfassungsausschuß vertreten waren, einander entgegen.

Eine bewegte Debatte schließt sich an, in der Abgeordneter Dr. Witte-Stolp für den Ausschußantrag auf Absetzung der Frage von der Tagesordnung, der Führer der Evangelisch-Lutherischen, Graf Seidlitz-Sandrecki, für und Abgeordneter D. Heß-Elberfeld gegen den Bischofstitel sprechen.

Abstimmung über den Bischofstitel.

Nach fünfstündiger außerordentlich bewegter Debatte erfolgte die Abstimmung über die Frage der neuen Amtsbezeichnung der neuen Generalsuperintendenten. Mit Stimmenmehrheit wird das von der Gruppe der Evangelisch-Lutherischen beantragte erste Kirchengesetz der neuverfaßten Kirche in erster Lesung angenommen. Das Gesetz bestimmt, daß den Generalsuperintendenten gemäß Art. 111 Abs. 2 der Verfassung die Amtsbezeichnung Bischof beigelegt wird. Die Provinzialkirchenräte haben das Recht, innerhalb von zwei Monaten nach Verkündigung des Gesetzes die einstweilige Fortdauer der seitherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinz zu beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung durch die Provinzialsynode. Der angenommene Gesetzentwurf geht nun zur nochmaligen Bearbeitung an den Verfassungsausschuß zurück.

Nach der Bischofsfrage lenkte die Entwicklung der gesamtkirchlichen Finanzlage die Aufmerksamkeit des Hauses auf sich. Auf Antrag ihres Finanzausschusses (Berichterstatter: Superintendent Müller-Schlomka-Fürstenberg) ermächtigt die Generalsynode den Kirchensenat zur Feststellung des Haushaltsplanes der Kirche für das Rechnungsjahr 1926. Für die Kirchensteuer soll bei den zuständigen Stellen dahin gewirkt werden, daß eine dem wirklichen Einkommen entsprechende Veranlagungsunterlage möglichst bald geschaffen werde.

Eine Frage von allgemeinem Interesse trat dann in einem Bericht des Agendenausschusses (D. Hoffmann-Breslau) vor die Versammlung. Es handelt sich hier um eine zeitgemäße Reform der Gottesdienstordnung, zu der, wie der Berichterstatter hervorhebt, insbesondere das neue, unerhörte Erleben des letzten Jahrzehnts die zwingende Veranlassung bildet. Aus diesen Erwägungen heraus haben auch die Generalsuperintendenten Richtlinien für eine Neugestaltung der Agende aufgestellt. Die Generalsynode überträgt diese Aufgabe dem Kirchensenat.

Ein Antrag Dr. Preiser beauftragt den Kirchensenat, der nächsten Tagung der G. S. eine Vorlage über die anderweitige Amtsbezeichnung des geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrats, der Generalsuperintendenten und Superintendenten zu machen. Der Antragsteller bezeichnet seinen Antrag als einen Versuch, die ganze Frage zu entgiften. Hier wird die Sitzung unterbrochen, um den Gruppen zur Stellungnahme zu dem neuen Antrag Zeit zu geben.

Nach einer nochmaligen ausgedehnten Debatte wird abgestimmt. Die Abstimmung über die Frage ist eine namentliche.

Es werden abgegeben für den Antrag Preiser 131, gegen den Antrag 73 Stimmen. Der Antrag ist damit angenommen. Mit diesem Beschluß ist der Beschluß erster Lesung hinfällig geworden und die endgültige Entscheidung der Bischofsfrage bis zur nächsten Tagung der Generalsynode, voraussichtlich im Herbst 1926, vertagt.

Erdbeben in Persien.

Städte und Dörfer vernichtet.

Nach Meldungen aus Teheran hat im Süden der Provinz Horassan ein heftiges Erdbeben stattgefunden. Die Städte Badschistan und Schiruan und mehrere Dörfer sind völlig zerstört worden. Die Telegraphenverbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen. Der Sachschaden ist sehr groß, doch sind verhältnismäßig wenige Menschenopfer zu beklagen, da sich die Einwohner nach den ersten Erdstößen noch rechtzeitig in das Freie retten konnten. Die der Regierung Riza Khans feindlich gesinnte Priesterschaft versucht, das Erdbeben als Propagandamittel auszuwerten, indem sie es als Strafe Gottes für die Unterstützung des angeblich religionsfeindlichen Riza Khans darstellt.

Schweres Vergiftungsunglück.

Fünf Mädchen tot.

In Deutsch-Lissa bei Breslau ereignete sich ein schweres Vergiftungsunglück. Im Magdalenenstift, einem Erziehungsheim für evangelische junge Mädchen, wurden durch eine Kohlenoxydgasvergiftung fünf Mädchen getötet; drei weitere schwerkranke Mädchen befinden sich in Lebensgefahr. Über die Ursache der Kohlenoxydgasvergiftung sind die Untersuchungen im Gange. Wahrscheinlich ist, daß ein frisch gesetzter Ofen die Ursache des Unglücks darstellt.

Kleine Nachrichten.

Die Einquartierungen in Jülich

Berlin. Wie mitgeteilt wird, sind seinerzeit in Jülich 145 Wohnungen von den Besatzungsbehörden angefordert worden. Auf deutsche Vorstellungen hin ist die Anforderung später zurückgezogen worden. Jetzt sind von dem Ortskommandanten von Jülich 40 Wohnungen angefordert worden. Auf deutschen Einspruch hin hat das belgische Oberkommando erklärt, daß diese Anforderung zu Unrecht erfolgt ist. Infolge der Umgruppierung der Besatzungstruppen werden nur fünf neue Wohnungen zur Verfügung zu stellen sein, die von je einem Belgier und Deutschen bestimmt werden sollen.

Bozen ohne Weihnachtsbaum.

München. Nach Meldungen aus Bozen ist dort das Verbot erlassen worden, die Weihnachtsfeiern in der bisherigen Weise vorzunehmen und einen geschmückten Tannenbaum aufzustellen, da diese Art der Feiern den Italienern unbekannt ist. Über das Verbot herrscht in Südtirol begreifliche Aufregung, so daß es möglich erscheint, dieses Verbot über Rom suspendieren zu lassen.

Aufdeckung einer Falschmünzerwerkstatt.

Hamburg. Die hiesige Kriminalpolizei entdeckte eine großangelegte Falschmünzerwerkstatt. Es wurden Pressen, gravierte Zinkplatten, Photographien und fertige und halbfertige Scheine beschlagnahmt. Ein Hamburger Ingenieur wurde wegen Mittäterschaft in Haft genommen.

Ein Boxer ermordet.

Newyork. Der bekannte Halbschwergewichtsboxer Battling Siki wurde in einer Straße Newyorks ermordet aufgefunden.

Kanadische Ansiedlungspolitik.

Winnipeg. Nach einer Mitteilung des Stellvertreters des Ministers für Einwanderungsfragen, Charles Stewart, plant Kanada eine Belebung seiner Einwanderung aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland und dem übrigen Europa. Stewart äußerte, daß Kanada jährlich 200 000 landwirtschaftliche Ansiedler aufnehmen könne. Der nächsten Parlamentstagung im Januar werde ein umfassendes Programm der kanadischen Ansiedlungspolitik vorgelegt werden. Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften hätten bereits ihre Mitwirkung zugesagt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 15. Dezember.

* Börsenbericht. Der Börsenbeginn war uneinheitlich, da sowohl anregende wie verstimmende Momente vorlagen. Im weiteren Verlauf trat eine erneute Abschwächung ein. Kriegsanleihe schwächte sich von 0,227 auf 0,220 ab. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert, tägliches Geld 7—9 %, monatliches Geld 9,50—11 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,34—20,39; holl. Gulden 168,52—168,94; Danz. 80,68 bis 80,88; franz. Frank 15,09—15,13; belg. 19,02—19,06; schweiz. 80,87—81,07; Italien 16,92—16,96; schwed. Krone 112,25—112,53; dän. 104,27—104,53; norweg. 85,14 bis 85,36; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,15 bis 59,29.

* Berliner Häuteversteigerung. Die Auktion war von Käufern gut besucht, und auch die Abgabe der Gebote erfolgte ziemlich flott, so daß, wenn auch schließlich nicht in der Preisgestaltung, so doch eine gewisse Besserung der Marktlage zu verzeichnen ist. Verkauft wurde meist zu Preisen, zu denen die Ware auf der Vorauktion zurückgezogen wurde.

* Butter. 1. Qualität 1,78 M., 2. Qualität 1,50 M., abfallende Qualität 1,30 M. für ein Pfund.

* Die deutsche Kalianleihe achtundzwanzigmal überzeichnet. Die englischen Zeichner der deutschen Kalianleihe haben ihre Zuteilungsbriefe erhalten. Die durchschnittliche Zuteilung beträgt 3½ %, so daß die Anleihe achtundzwanzigmal überzeichnet wurde.

* Produktenbörse. Die Auslandsmärkte waren auf der ganzen Linie matt, die Cifforderungen für kanadischen und argentinischen Weizen waren ermäßigt und daraufhin war auch bei uns die Haltung flau, die Ware billiger und das Angebot, besonders in schlesischem Weizen, groß und ziemlich dringlich. Von Roggen hat sich das Angebot auch, aber doch nicht in gleichem Maße, gemehrt, zumal auch Lieferung merklich matter lag. Hafer bei schwacher Konsumfrage mehr als genügend angeboten. Gerste, besonders in mittleren Qualitäten, dauernd stark offeriert. Mehl sehr ruhig, ebenso Futterartikel.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	15. 12.	14. 12.		15. 12.	14. 12.
Weiz., märk.	245-250	249-254	Weizkl. f. Brl.	11,5	11,5-11,7
pommerscher	248-253	252-257	Roggkl. f. Brl	9,7-10,2	9,7-10,2
Rogg., märk	143-150	147-153	Raps	360-365	360-365
pommerscher	—	150 156	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-32	26-32,5
Braugerste	186-213	188-214	kl. Speiseerbs	22-24	22-24
Futtergerste	154-166	154-166	Futtererbsen	19,5-20,5	19,5-20,5
Hafer, märk.	161-171	163-173	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
weißpreuß.	—	—	Wicken	21-23	21-23
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. ü. Not.)	32,2-36	32,2-36,2	Lupin., blaue	11,7-12,2	11,7-12,2
			Lupin., gelbe	12-14,5	12-14,5
			Seradella	—	—
			Rapskuchen	15-15,2	15,0-15,2
			Leinkuchen	23,6-23,8	23,6-23,8
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. inkl. Sack	22-24,2	22-24,5	Trockenschnzl	8,3-8,5	8,3-8,5
			Soya-Schrot	21,8-22	21,8-22
			Torfml. 30/70	7,7-7,8	7,7-7,8
			Kartoffelfl.	14,5-15	14,7-15,2

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernruf Nr. 96

Radevormwald
— 2 Minuten vom Bahnhof —

Gegründet 1901

Haus- und Küchengeräte

Für den Weihnachtstisch empfehle:

Herde und Oefen

Porzellan	Glas, Kristall,	Stahlwaren	Alpacca-Waren	Aluminium-Geschirre	Leder-Waren	Nickel-, Messingwaren	Korbwaren	Lackierwaren
Kaffee-Service	Römer	Tischbestecke	Eßlöffel	Emaille-Geschirre	Damen-Taschen	Bowlen	Stadtkörbe	Ofenschirme
Tee-Service	Likörgläser	Dessertbestecke	Zuckerlöffel		Reise-Taschen	Teemaschinen	Handarbeitskörbe	Kohlenkasten
Obst-Service	Weingläser	Taschenmesser	Vorleger	Moderne Beleuchtungskörper	Brief-Taschen	Kaffee-Service	Kinderkörbchen	Kohlenfüller
Zier-Tassen	Biergläser	Rasiermesser	Saucenlöffel		Zigarrentaschen	Torten-Platten	Korbsessel	Brotkasten
Brot-Körbe	Vasen	Rasierapparate	Bestecke	Einkochapparate	Geldbörsen	Tortenschaufeln	Wäschetruhen	Schirmständer
Tafel-Service	Schalen u. Teller	Scheeren	Zigarettendosen		Reise-Koffer	Rauch-Service	Arbeitsständer	Blumengießkannen
u. s. w.	u. s. w.	u. s. w.	u. s. w.	Spazierstöcke	u. s. w.	u. s. w.	u. s. w.	u. s. w.

Reiche Auswahl in Geschenken aller Art.

Hugo Fischer, Radevormwald, Kaiserstr. 55 Grabenstr. 12.



Kredit
im Warenhaus mit
Kreditbewilligung
von
Schiffeliers
erhalten Sie
Damen-, Herren- und Kinderkleidung, Manufakturwaren, Möbel
mit geringer An- und bequemer
Abzahlung
Hagen
Oberfelderstr. 94, 96, 96a, 98.
Eingang Möbelgeschäft.

Statt besonderer Anzeige.



Heute nachmittag 12½ Uhr entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben infolge Lungenentzündung unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ww. Peter Schuster
Lina geb. **Wülfrath**

im 74. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Kierspe, den 15. Dezember 1925.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 19. Dez. nachm. 3¼ Uhr vom Sterbehause aus statt.

Empfehle:
prachtvolle Weihnachtsäpfel, Apfelsinen, Weintrauben, Feigen, Nüsse, Aale, Oelsardinen, Konserven und Aufschnitt.
Frühstückskörbchen
in jeder Preislage.
Tabak, Zigaretten und Zigarren in Geschenkpackung
Ernst Ackermann
Kierspe-Bahnhof.

Emil Deitenbeck
Lüdenscheid
Wilhelmstraße 41.



Spezialgeschäft in:
Solinger Stahlwaren.



Freiwillige Feuerwehr Carthausen.

Am Samstag, 19. d. M. abds. 8 Uhr im Gasthof Ernst vom Berg, Deckinghausen

General-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Rapskuchen,
Rapskuchenmehl,
Leinkuchenmehl,
Erdnußkuchenmehl,
56%
Baumwollsaatmehl,
Weizenbollmehl,
Weizenkleie,
Soyaschrott,
Milchkraftfutter,
Zuckerschnitzel
empfiehlt
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl
Tel. 28 Amt Rönsahl.



Beim Einkauf
vergessen Sie nie
Kannegiesser's Kaffee
in ½ Pfd. Pak. aus der
Kaffee-Gross-Rösterei
Robert Kannegiesser,
Barmen
Gegr. 1844.

Uhren- u. Goldwaren-Einkauf ist Vertrauenssache!
Als passende **Weihnachtsgeschenke**
empfehle ich mein Lager in
Uhren aller Art, ferner **Trauringe**
mod. Gold- u. Silberschmuck.
Reizende Geschenkartikel,
Große **Spielwarenausstellung**
Besichtig. ohne Kaufzwang. Günst. Preise
Wilh. Schmidt,
Uhren und Goldwaren
Optik Reparaturwerkstatt
Kierspe-Bhf.

Eingetroffen und auf Lager vorrätig:
Anthrazit Nuß 2
Anthrazit Nuß 3
von Zeche Langenbrahm.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Fernruf Nr. 11

Briefkasetten
mit und ohne Druck
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Milchversandscheine
— mit und ohne Namenaufdruck —
liefert schnell und billigst
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Am Freitag morgen, den 18. d. M. erhalte ich



Kühe

Hugo Kerspe,
Halver, Fernspr. 52.